

## Flüchtlinge in Europa

Vor einem Jahr bekam die EU den Friedensnobelpreis. Wie hält sie es heute mit den Menschenrechten?

# „Die Zukunft Europas liegt im mediterranen Raum“

**MITTELMEER** Orient-Expertin Lafi fordert mehr Austausch zwischen Europa und dem Maghreb

taz: Frau Lafi, Sie und Ihre Kollegen vom Zentrum Moderner Orient haben einen offenen Brief an Frau Merkel und mehrere EU-Politiker geschrieben. Warum?

**Nora Lafi:** Auf dem Mittelmeer sterben ununterbrochen Menschen, sterben Kinder. Das ist ein Desaster für Europa. Das Meer, das einst einen Kulturraum verband, wird zu einem Friedhof. Wir wollen das nicht mehr länger hinnehmen.

**Ihr Projekt heißt „Transmed“. Worin geht es dabei?**

Transmed wurde 2011 initiiert von den Professoren Frank Hoffmann, Gunter Gebauer und Markus Messling. Inzwischen sind wir 13 Kultur- und Sozialwissenschaftler aus Europa, Nordafrika und dem Nahen Osten, die alle zu Themen des Mittelmeerraums forschen. Transmed war durch die Revolutionen in den arabischen Ländern inspiriert – die Ereignisse dort, aber auch die Reaktionen vonseiten der EU haben uns sehr beschäftigt. Ausgangspunkt unserer Initiative war das Jubiläum des Deutsch-Französischen Jugendwerkes (DFJW).

**Das wurde jetzt 50 Jahre alt.**

Das Jugendwerk ist ein großer Erfolg. Deutschland und Frankreich empfinden sich heute nicht mehr als Feinde, in Europa führen die Staaten keine Kriege mehr gegeneinander. Aber gleichzeitig werden neue Feindbilder aufgebaut, neue Mauern gebaut: Europa führt Kriege in Nordafrika, in Libyen, jetzt in Mali. Die „anderen“, vor denen man sich fürchtet, sind heute die im Süden. Die Erfahrungen des DFJW müssen genutzt werden, um Fremdenfeindlichkeit und Vorurteile abzubauen – nur heute über das Mittelmeer hinweg.

**Wie wollen Sie das erreichen?**

Etwas dadurch, dass das Erasmus-Programm ergänzt wird: Das fördert sehr erfolgreich den Austausch von Studierenden innerhalb Europas. Aber es gibt derzeit keine Programme, die dasselbe in den Ländern des südlichen Mittelmeeres ermöglichen – obwohl es ein sehr großes Interesse dafür gibt, was in den arabischen Ländern geschieht. Deshalb fordern wir die Einrichtung eines „Ibn Chaldun“-Programms für den akademischen Austausch rund um das Mittelmeer. Und langfristig weitere Projekte: ein Programm, das wie das DFJW auch den Austausch von Schülern und Lehrern und jungen Berufstätigen fördert. Gemeinsame Medienprojekte wie Arte, die unabhängig und mehrsprachig Kulturaustausch und Information über die Grenzen hinweg ermöglichen.

**Konservative Politiker würden fragen: Kehren die Besucher wieder nach Hause zurück?**

Die wenigsten Menschen verlassen freiwillig den Ort, den sie als Heimat empfinden, wo ihre Familie ist, wenn nicht die Not sie

dazu zwingt. Aber junge Menschen um die 20 wollen reisen, die Welt erkunden, das ist in Nordafrika nicht anders als in Europa. Aber anders als den jungen Europäern verwehrt man ihnen das. Das schafft Ärger und Frustration, und auf dieser Basis kann man keine freundschaftlichen Beziehungen aufbauen. Der Kulturaustausch innerhalb Europas war politisch gewollt, er war in ein politisches und ökonomisches Projekt eingebettet. Gegenüber den arabischen Ländern gilt das Gegenteil: Europa schottet sich immer mehr ab. Denn diese Abschottung ist fatal, auch für Europa. Über Jahrtausende war das Mittelmeer ein Raum des Austauschs und der Vermischung von Menschen, Kulturen und Ideen. Wir sind uns sicher: Die Zukunft Europas liegt in diesem mediterranen Raum.

INTERVIEW: JULIANE SCHUMACHER

### Nobelpreis für die EU

■ Heute vor einem Jahr erhielt die Europäische Union die höchste Ehre, die es gibt: den Friedensnobelpreis. Ratspräsident Herman Van Rompuy, Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Parlamentspräsident Martin Schulz nahmen ihn in Oslo für die EU entgegen.

■ Zur Begründung hatte das Nobelpreis Komitee erklärt, das „wichtigste Ergebnis“ der EU sei „der erfolgreiche Kampf für Frieden und Versöhnung und für Demokratie und Menschenrechte“.

■ Das Preisgeld von 930.000 Euro stiftete die EU Kindern, die zu Kriegsopfern geworden sind.

■ „Die EU muss den Friedensnobelpreis als Verpflichtung für die Zukunft verstehen“, forderte der damalige Chef von Amnesty International in Deutschland, Wolfgang Grenz. Auf dem Gebiet der Menschenrechte sei für die EU noch viel zu verbessern. Grenz: „Insbesondere ihre Asyl- und Flüchtlingspolitik ist eines Nobelpreisträgers nicht würdig.“

# Ein verlorenes Jahr

**GRENZSCHUTZ** Auf Hoher See stoppen, an Grenzen zurückschicken: Am Montag hat die EU Frontex mehr Rechte eingeräumt

VON CHRISTIAN JAKOB

BERLIN taz | In drei langen Reihen hatten Helfer sie aufgebaut: 290 Särgе aus dunklem Holz, darauf 290 rote Rosen mit langem Stiel, darin die 290 Opfer des Schiffsunfalls vom 3. Oktober, zur Schau gestellt in einer Wellblechhalle am Rande des Hafens von Lampedusa.

„Ich werde diesen Anblick für den Rest meines Lebens mit mir herumtragen“, sagte die EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström später. „Das war das Bild einer Union, die wir nicht wollen.“ Gemeinsam mit Kommissionspräsident José Barroso war Malmström kurz nach der Katastrophe auf die Mittelmeerinsel gereist. Obwohl in den letzten Jahren Tausende Menschen auf ähnliche Weise im Mittelmeer gestorben waren, hatte dieses Unglück ganz Europa aufgeschreckt.

Die EU stand unter Zugzwang. Stunden nach dem Fototermin vor den Särgen kündigte Malmström die Einsetzung einer Task Force an. Die aus Vertretern der EU-Mitgliedstaaten und der EU-Grenzschutzbehörde Frontex bestehende Eingreiftruppe sollte Sofortmaßnahmen vorschlagen, um künftige Katastrophen zu verhindern.

Knapp ein Jahr nach der Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU – unter anderem für ihren Einsatz für die Menschenrechte (siehe Kasten) – stellte Malmström am vergangenen Donnerstag die Empfehlungen der „Post-Lampedusa Task Force“ vor: Das 85 Millionen Euro umfassende Frontex-Budget wird um 30 Millionen Euro aufgestockt, um Italien bei der Grenzüberwachung zu unterstützen. Dabei hatte gerade Italien in der Vergangenheit immer wieder Flüchtlingsboote untergehen

lassen, obwohl es über deren Position genau informiert war. Länder wie Bulgarien bekommen 20 Millionen Euro mehr, um ihre „Aufnahmekapazitäten zu verbessern“. Das bedeutet im Fall der südeuropäischen Länder oft: Internierungslager für Flüchtlinge. Schließlich gab Malmström bekannt, die Verhandlungen mit Aserbaidschan und Tunesien zu einer „Mobilitätspartnerschaft“ beendet zu haben.

### System zur Abwehr

Damit schließt sich entlang der EU-Grenzen (siehe Karte) eine Kette von Nachbarstaaten, die fast alle auf die eine oder andere Weise in das System zur Abwehr von Migranten integriert sind: Gegen Geldzahlungen – und selten auch Erleichterungen bei der Visavergabe – arbeiten diese Länder mit Frontex zusammen. Sie schließen die Transitrouten Richtung Europa oder nehmen abgeschobene Flüchtlinge zurück. So erspart sich die EU die teure Rückführung in die Heimatländer. Was dann mit den Menschen passiert, interessiert Europa nicht mehr.

Stattdessen werden die Befugnisse von Frontex erweitert: Am Montag hat das EU-Parlament über einen Vorschlag der Innenkommissarin abgestimmt, die Überwachung der Seeaußengrenzen neu zu regeln. Frontex soll künftig auch auf Hoher See, außerhalb der europäischen Territorialgewässer, Flüchtlingsboote stoppen, durchsuchen und sogar zurückschleppen dürfen. Gegen den Widerstand von Ländern wie Italien sollen die Grenzschützer allerdings in Zukunft verpflichtet sein, grundsätzlich Hilfe in Seenot zu leisten.

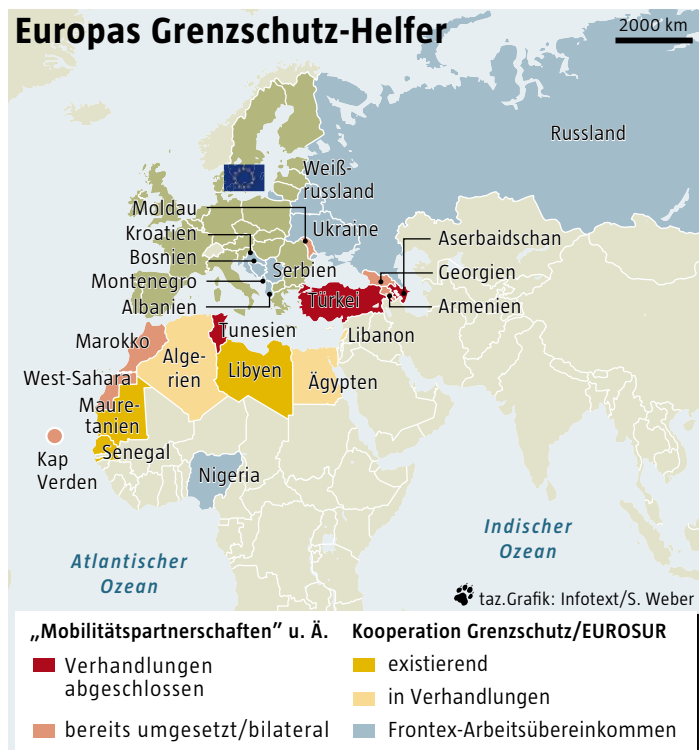
Dafür dürfen die Grenzschützer Flüchtlinge auf dem Meer zur Umkehr zwingen – ohne dass sie zuvor einen Asylantrag stellen

können. Praktiziert wurde das bereits, künftig wird dieses Vorgehen vom EU-Recht gedeckt sein. Das heißt dann: Frontex entscheidet, wer in Zukunft noch in Europa Asyl beantragen kann. Die vorgesehene „Einzelfallprüfung“ dürfen die Grenzschützer direkt an Bord vornehmen. Rückschiebungen in Folterstaaten oder solche ohne eigenes Asylsystem sind dabei verboten.

Ob Staaten wie Libyen, das Migranten entsetzlich behandelt, als „Folterstaat“ gelten wird, ist fraglich. Das Land wurde jedenfalls als erster nordafrikanischer Staat in das neue Grenzkontrollsystem Eurosur integriert.

„Das Jahr seit der Nobelpreisverleihung ist ein verlorenes Jahr“, sagt die niederländische Grünen-Parlamentarierin Tineke Strik. „Wir sehen noch immer dabei zu, wie Menschen sterben.“ Die Professorin für Migrationsrecht ist Vizevorsitzende im Komitee für Migration des Europäischen Rates. In dessen Auftrag hat sie untersucht, warum im März 2011 die Nato und die EU zwei Wochen lang dabei zusehen hatten, wie 61 subsaharische Flüchtlinge 15 Tage auf dem streng überwachten Mittelmeer trieben. Am Ende waren 50 von ihnen tot. „Niemand hat ihnen geholfen“, sagt Strik.

Sie gab eine ganze Reihe von Empfehlungen aus. „Aber bis heute hat sich nichts geändert.“ Länder wie Griechenland, Malta und Italien trügen durch das Verteilungssystem für Flüchtlinge als Außengrenzen-Staaten noch immer die Hauptlast. „Wenn es dann um Seenotrettung geht, schieben sie die Verantwortung gegenseitig hin und her. Das tun sie auch deshalb, weil sie wollen, dass die Nord-Länder mehr Verantwortung übernehmen. Aber bei denen gibt es absolut keine Bereitschaft, etwas zu ändern.“



In der spanischen Enklave Ceuta überprüft ein Beamter der Guardia Civil den Grenzzaun nach Marokko. Der Zaun soll Afrikanern den Weg nach Europa versperren. Foto: Nick Hannes/Reporters/laif

**Nora Lafi**

■ Jahrgang 1965, ist Mitarbeiterin des Zentrums Moderner Orient (ZMO) und Dozentin an der FU Berlin.

Foto: Archiv